

RATS REPORT



Liebe Kölnerinnen
und Kölner,

die Grünen sind mit der
Besetzung des Kämmerer-
Postens zum zweiten Mal
gescheitert. Der Regie-
rungspräsident hat das
Bewerbungsverfahren zum

wiederholten Mal stoppen müssen – schon vor
dessen Abschluss war eine Favoritin öffentlich
genannt worden. Der Oberbürgermeister „konnte
nicht umhin, dem eindeutigen Rat des
Regierungspräsidenten zu folgen“. Er stellte das
aktuelle Verfahren ein.

Der RP hat den Grünen nachträglich ins Stamm-
buch geschrieben, es sei „unverständlich, mit
welcher Leichtfertigkeit und Unbedarftheit so
wichtige Prozesse gehandhabt werden“. Grüne
jedoch können ja bekanntlich nicht irren, und so
fühlen sie sich eben politisch verfolgt. Entspre-
chend groß ist ihr Lamento.

Unsere Schadenfreude hält sich in Grenzen. Denn
es geht um einen Schlüsselposten in dieser Stadt,
und Köln ist nicht Kleinkleckersdorf. Ein gestan-
dener Kämmerer täte not. Schon Anfang dieses
Jahres, als die Grünen mit ihrem Kandidaten Jörg
Frank – mangelnde Qualifikation! – scheiterten,
haben wir deren amateurhaftes Vorgehen und die
Arroganz der Macht kritisiert. Verantwortungs-
volles kommunalpolitisches Handeln sieht näm-
lich anders aus als diese grüne Politik, die am bes-
ten mit „Avanti dilettanti!“ überschrieben wäre.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Winrich Granitzka

Städtische Sparpläne

Alles auf die Kleinen?

Wir können diejenigen voll und ganz verstehen, die einen Zusam-
menbruch der sozialen und kulturellen Infrastruktur in unserer
Stadt befürchten, sollten sich Oberbürgermeister und Stadtspitze
mit ihrem so genannten Sparkonzept durchsetzen, das Mitte Juni
erstmalis rufbar wurde. Es gibt ganz sicher eine „Liste der Grau-
samkeiten“, aber wo, wie und wie hoch sie im Einzelnen in Euro
und Cent greift, blieb zu diesem Zeitpunkt im Nebel. Ein 463-Milli-
onen-Loch soll mit 30 Millionen Euro gestopft werden – mehr
wissen wir bis heute nicht.

Eines ist nach unserer Auffassung indessen klar: So weit zu erken-
nen, werden die Sparansätze der Stadt ganz überwiegend den
ohnein strapazierten Haushalt von Otto Normalverbraucher
treffen! So werden beispielsweise der Wegfall der halben Beitrags-
freiheit für das dritte Kindergartenjahr oder ein verzögerter Aus-
bau der U-3-Betreuung das Budget bereits heute stark belasteten
Familien weiter einschränken. Oder wenn die Straßenreinigung
teuer wird, trifft das nicht die Hausbesitzer, sondern die Mieter,
und der Wegfall von kostenfreiem Parkraum trifft den kleinen
Handel und seine Kunden.

Wir müssen jedenfalls trotz Krise investieren – vor allem in
Bildung und in Familie. Und wir müssen die Wirtschaft und den
Verkehr am Laufen halten.



Demonstration gegen Einschnitte: Zusammenbruch der sozialen
Infrastruktur?

Der Oberbürgermeister hat erklärt, niemand werde von den
Sparanstrengungen ausgenommen. Er hat von einer „fairen, ge-
rechten und sozial ausgeglichenen Verteilung der Konsolidie-
rungslasten“ gesprochen. Genau das ist für die CDU-Fraktion nicht
zu erkennen. Während SPD und Grüne als Opposition im Bund
genau das dem Sparpaket der Bundesregierung unermüdlich an-
kreiden, gelten für die politisch Verantwortlichen in Köln offen-
sichtlich andere Auffassungen von sozialer Gerechtigkeit.

Die Umweltdezernentin und die Kontrollmängel beim U-Bahn-Bau

Herr Oberbürgermeister, übernehmen Sie Verantwortung!



Aktuelle Bohrung am Waidmarkt: Letzten Archivalien und Unglücksursachen auf der Spur.

Den Antrag, das Umwelt- und Verbraucherschutzamt aus dem Dezernat V herauszulösen und dem Dezernat OB zuzuordnen, hat der Fraktionsvorsitzende Winrich Granitzka in der Ratsitzung vom 20. Mai 2010 ausführlich begründet.

Es geht um eines der trübsten Kapitel im Zusammenhang mit dem Einsturz des Historischen Archivs, nämlich um die ungeklärten wasserrechtlichen Probleme an der U-Bahn-Baustelle Waidmarkt. Die Umweltdezernentin ist uns bisher dazu das entscheidende wahre Wort schuldig geblieben, weshalb wir es an der Zeit finden, den Oberbürgermeister jetzt beim Wort zu nehmen. Der Oberbürgermeister hat zum Jahrestag des Unglücks mit seiner Forderung nach Klärung der Verantwortlichkeiten und nach notwendigen Konsequenzen auch Zweifel an der Effizienz von Kon-

trollen verbunden. Zugleich verwies er auf eine politisch-moralische Verantwortung der handelnden Personen und Institutionen. Genau um diese Verantwortung geht es hier – und dieser Maßstab muss unterschiedslos an alle Beteiligten angelegt werden.

Für die Umweltdezernentin gilt dieser Maßstab aber offensichtlich nicht! Ihr Verhalten seit dem Desaster an der Severinstraße ist geprägt durch Zögern und Zaudern, Tarnen und Täuschen, Verstecken und Vergessen.

Dazu haben wir Fakten und Fragen.

Fakt ist zum Beispiel: Entgegen ursprünglichen Behauptungen kommt im März dieses Jahres heraus, dass es an der Baustelle Waidmarkt keine Vor-Ort-Kontrollen und keine Einsichtnahme in die Brunnentagebücher gegeben hat.

Frage: Hat die Dezernentin über ein Jahr lang einen falschen Eindruck erweckt –

oder war sie in dieser Zeit nicht in der Lage, die Umstände aufzuklären?

Fakt ist zum Beispiel: Im März 2009 deutet die Dezernentin zwar an, dass 2008 Grundwasser-Fördermengen erhöht worden seien. Ein Jahr später spielt sie die Mengen aber bis zur Bedeutungslosigkeit herunter. Erst auf unser hartnäckiges Nachfragen stellt sich heraus: In den letzten drei Monaten vor dem Archiveinsturz ist es zu rund 90 Überschreitungen gekommen, wobei die tägliche Fördermenge in diesem Zeitraum um 44 Prozent überschritten wurde!

Frage: Warum vermittelt die Dezernentin den Eindruck, dass es über mehr als ein Jahr hinweg nur irrelevante oder gar keine Überschreitungen der Fördermengen gegeben habe?

Fakt ist zum Beispiel: In der Baustelle Waidmarkt wurde bereits im November 2006 und somit vor Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis vom Januar 2007 illegal Grundwasser gefördert. Wir wissen, dass die Auflage aus der Erlaubnis, wonach die Aufnahme von Bohrarbeiten und der Wasserhaltung jeweils 14 Tage vorher der Stadt Köln anzuzeigen gewesen wäre, nicht erfüllt worden ist.

Frage: Hatte die Dezernentin somit nicht genügend Gründe, an der Zuverlässigkeit der Akteure an der Baustelle Waidmarkt zu zweifeln und selbst vor Ort zu kontrollieren?

Fakt ist zum Beispiel: Im März 2009 verweist die Dezernentin auf Feststellungen ihrer unteren Wasserbehörde, wonach am Heumarkt statt 12 genehmigter Brunnen 18 Brunnen errichtet wurden. Durch den illegalen Betrieb hat die wasserrechtliche Erlaubnis

auch hier ihre Gültigkeit verloren. Es stellt sich heraus, dass der illegale Betrieb der 18 Brunnen am Heumarkt von der Dezernentin über ein Jahr hinweggenommen wurde, da die ARGE keine ausreichenden Antragsunterlagen geliefert hat. Eine Genehmigung erteilt das Umweltamt erst nach einem Jahr. Die Dezernentin begründet die Verzögerung mit einem „Prinzip des effektiven Verwaltungshandelns“.

Frage: Konnte die Dezernentin es wirklich für effektiv halten, nachlässigen oder unzuverlässigen Firmen über ein Jahr nachzurennen, statt die Ordnungs- und Zwangsmittel zu nutzen, wie sie der Verwaltung zur Verfügung stehen?

Und dann ist da ja noch – gewissermaßen als Ausbund des Absurden – die Sache mit dem Auftragsgutachten. Darin lässt die Dezernentin Zuständigkeiten und Ermessensfragen in Sachen Waidmarkt und Wasser prüfen. Von der Presse muss sie dann darauf gestoßen werden, dass den Gutachtern wichtige Informationen gar nicht vorgelegt haben.

Insgesamt ist nicht von der Hand zu weisen, dass eine rechtzeitige Aufdeckung der illegalen Grundwasserhaltung weitere Nachforschungen und Konsequenzen zur Folge gehabt hätte, wodurch vielleicht Schlimmeres verhindert worden wäre. Hier liegt für uns die politisch-moralische Dimension von Handeln oder Unterlassen.

Genau hier aber müssen wir die Frau Umweltdezernentin einordnen. Ihr Mangel an Problembewusstsein und ihre fehlende Bereitschaft zu rückhaltloser Aufklärung sind Anzeichen für Unkorrektheiten, die sich ein solches Amt nicht leisten darf.

Und eine Stadt wie Köln schon gar nicht!

Deshalb ist es zwingend geboten, die bisherige Umweltdezernentin von der Umwelt zu erlösen. Sie war bis heute weder willens noch in der Lage, Licht ins Dunkel zu bringen.

Landschaftsplan

Das Prinzip gilt, nicht die Sache!

Trotz Übereinstimmung in der Sache ist ein Antrag der CDU-Fraktion zum Kölner Landschaftsplan in der Ratssitzung am 17. Juni von SPD, Grünen und FDP abgelehnt worden. Die Verwaltung sollte bis zum Jahresende ein Konzept zur zügigen Überarbeitung und Aktualisierung des Landschaftsplans der Stadt Köln vorlegen, so der Antrag.



Denn der Landschaftsplan ist 1991 in Kraft getreten und bedarf nach fast zwanzig Jahren endlich einer nachhaltigen Anpassung an die allgemeine Entwicklung.

Der Landschaftsplan soll die Verwirklichung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege vor Ort sicherstellen. Dabei ist nach Auffassung der CDU-Fraktion inzwischen – trotz diverser Anpassungen seit Inkrafttreten – eine umfangreiche Revision erforderlich. Mittlerweile haben sich die rechtlichen Vorgaben auf Europa-, Bundes- und Landesebene erheblich gewandelt, und der räumliche Geltungsbereich wurde durch zahlreiche Bebauungspläne permanent verändert. Darum brauchen wir einen Landschaftsplan endlich aus einem Guss, um den oft widerstreitenden Interessen bei der Nutzung und Bewahrung von Natur und Landschaft angemessen Rechnung zu tragen.

In der Praxis hat die fehlende Überarbeitung des Planes einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand zur Folge. So kommt es beispielsweise zu „Doppelbefassungen“ mit Vorhaben, die zugleich in den Geltungsbereich von Landschaftsplan und Grünflächenordnung fallen.

Über die Notwendigkeit der Anpassung waren sich alle Fraktionen einig. Aber: Was nicht sein darf, das nicht sein kann! Dass ausgerechnet die CDU dieses Thema voranbringt, konnte die rot-grüne Ratsmehrheit nicht auf sich sitzen lassen. Da halfen auch Klarstellungen von Dezernent Streitberger und Dezernentin Bredehorst nicht. Nun wird das Thema aufgeschoben – die Verwaltung soll es von sich aus auf die Tagesordnung bringen. Entscheidungsfähige Politik sieht anders aus ...

Herr Oberbürgermeister, es ist an Ihnen, dies zur Chefsache zu machen.

Sie haben zu dem eingangs erwähnten Anlass gesagt: „Es ist höchste Zeit, die Verantwortlichkeiten zu klären und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Nur so können wir verlorenes Vertrauen wieder zurückgewinnen. Ich betrachte es als meine persönliche

Aufgabe, neues Vertrauen und Zuversicht zu wecken...Kein Gemeinwesen kann existieren ohne Zutrauen in das richtige Handeln von Institutionen und Personen.“ Dem ist nicht zu widersprechen.

Und darum: Herr Oberbürgermeister, übernehmen Sie selbst die Verantwortung!

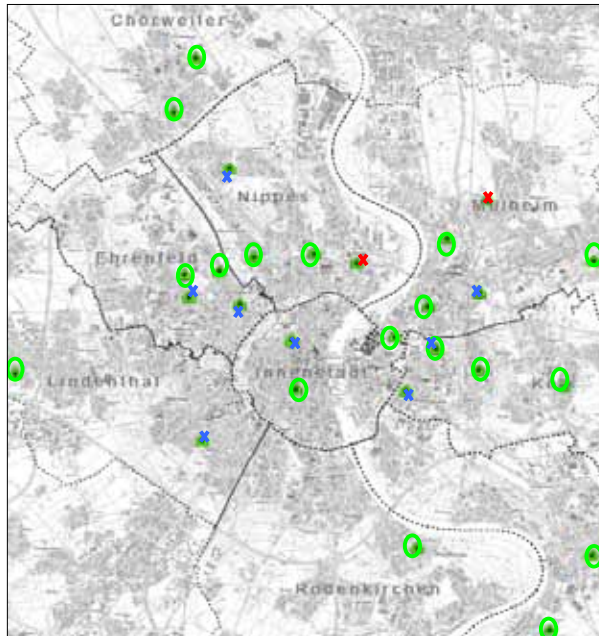
Schließung von Hauptschulen

Verbleibende Standorte stärken!

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist die Verwaltungsvorlage für die Ratssitzung am 13. Juli mit dem „Standortkonzept Hauptschulen 2010“ grundsätzlich angemessen, um auf den Rückgang der Schülerzahlen an einigen Kölner Hauptschulen zu reagieren. Auch wenn dem Konzept nachvollziehbare pädagogische Überlegungen oder gar Begründungen fehlen, lassen die vorgelegten Zahlen grundsätzlich und mit Blick auf die rechtlichen Vorgaben – außer in Worringen – keine andere Handlungsweise zu.

Ungeachtet dessen wird sich die CDU weiterhin für eine intensive und individuelle Betreuung in kleinen Klassen und kleinen Schuleinheiten einsetzen, um die besonderen Bedürfnisse der Kinder zu berücksichtigen und den Übergang Schule/Beruf möglichst erfolgversprechend zu gestalten. Dazu müssen die verbleibenden Hauptschulstandorte gestärkt und zukunftsfähig ausgestattet werden.

Ebenso verfolgt die CDU-Fraktion weiterhin das Ziel, in Köln eine bedarfsdeckende Versorgung mit Gymnasialplätzen sicherzustellen. Bei der von der Stadtverwaltung im Herbst 2009



Wunsch, ihr Kind an einem Gymnasium anzumelden.

Da rund 50 Prozent der Grundschulkinder voraussichtlich auch eine Gymnasialempfehlung erhalten werden, ist es zwingend erforderlich, die im gesamten Stadtgebiet bestehende Unterversorgung zu analysieren und Lösungsmöglichkeiten mit dem Ziel einer bedarfsgerechten Versorgung mit Gymnasialplätzen zu schaffen.

durchgeführten Befragung der Eltern aller Kinder im dritten Schuljahr der städtischen Grundschulen äußerten 59 Prozent der befragten Eltern den

Die CDU-Fraktion wird eine entsprechende Konzeption trotz der rot-grünen Verweigerungshaltung im Rat nochmals einfordern.

Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsstelle gerettet!

Durch das Auslaufen zweier befristeter Stellen im Sommer wurde die Arbeit der städtischen Clearingstelle unmittelbar bedroht. Es geht um eine frühzeitige, bedarfsgerechte Hilfe und die zielgenaue Vermittlung von Therapieangeboten. Gerade in den letzten Monaten haben viele Experten öffentlich auf die unzureichende kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung in Köln und den hohen Bedarf hingewiesen. Mit einem Dringlichkeitsantrag zur Junisitzung des Rates hat sich die CDU-Fraktion für den Erhalt der Beratungsstelle eingesetzt – und die Weiterbeschäftigung des erforderlichen Personals wurde zugesagt. Nun muss es darum gehen, in den anstehenden Haushaltsplanberatungen die Zukunft der KJPB zu sichern.

Kölner-Maler-Kreis im Atrium

Die Werke von insgesamt 22 Künstlerinnen und Künstlern des Kölner-Maler-Kreis e.V. waren bis zum 7. Juli im Atrium des Historischen Rathauses zu sehen. Die Bilder und Skulpturen bieten einen eindrucksvollen Überblick über die Schaffensbreite dieses Kreises, dessen erste Vorsitzende Oda Lang die Ausstellung eröffnete. Fraktionsvorsitzender Winrich Granitzka: „Fernab vom politischen Alltagsgeschäft wollen wir kleine Räume für die Kunst eröffnen und Wege zwischen Künstlern und den Menschen in unserer Stadt ebnen.“

IMPRESSUM

Herausgeber: CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Anschrift: Historisches Rathaus
50667 Köln
Tel.: 0221/221-25970
Fax: 0221/221-26574

e-Mail: cdu-fraktion@stadt-koeln.de

Vorsitzender: Winrich Granitzka

V.i.S.d.P.: Stefan Götz, Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion: Holger Heuser, Ulrike Hodissen, Ulf Kolberg, Christian Sommer

Fotos: CoeInsult, SKF

Herstellung: IW Medien, Köln